

14.12.2015

Kein Sozialstaat ohne Wirtschaftswachstum¹

Ewald Walterskirchen, Wirtschaftsforscher – für DerStandard

Wachstumskritiker im Vormarsch

Wirtschaftswachstum wird in den hochentwickelten Industriestaaten zunehmend in Frage gestellt. An der Spitze dieser Bewegung stehen Umweltschützer. Sie sehen im Nullwachstum den einzigen Weg zu einer nachhaltigen umweltfreundlichen Wirtschaft. Tim Jackson ist einer der Gurus dieser Bewegung. Er hat einen Bestseller mit dem Titel „Wohlstand ohne Wachstum²“ verfasst.

Wachstum sei aber nicht nur aus Umweltgründen, sondern auch aus moralischen Gründen verwerflich: Moralapostel prangern den Konsumterror an und predigen Maßhalten. Philosophen, denen die Felle mit der Ökonomisierung des Lebens davonschwimmen, schließen sich dieser Kritik bereitwillig an.

Die Skeptiker denken bei Wachstum nicht an Innovation – nicht an qualitativ hochwertige Bio-Produkte, lebensrettende Handys, geräumige Wohnungen und Reisen in ferne Länder, sondern an das benzinfressende Zweitauto und den neuen Einkaufstempel, der wieder ein Stadtzentrum zerstört.

Felix Butschek³ nimmt die wachstumsfeindliche Einstellung in seinem neuen Buch „Wirtschaftswachstum - eine Bedrohung?“ aufs Korn. Er argumentiert, dass der Begriff Wachstum in Europa mehr als in anderen Weltregionen in

¹ „Eine Langfassung des Textes wurde als "Policy Brief" der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik veröffentlicht: www.oegfe.at/policybriefs“

² Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, München 2011

³ Felix Butschek, Wirtschaftswachstum – eine Bedrohung? Böhlau-Verlag, Wien 2016

Verruf geraten sei und zur kümmerlichen Wirtschaftsentwicklung in der EU beitragen habe.

Wozu brauchen wir heute noch Wachstum?

Wir brauchen es vor allem aus zwei Gründen:

- um die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten und
- um den Sozialstaat zu bewahren.

Im letzten Jahrzehnt haben wir in Europa unfreiwillig Erfahrung mit Stagnation gemacht. Im Gefolge der Finanzkrise ist die Wirtschaft zwischen 2007 und 2013 nicht gewachsen. Die Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und Staatsschulden waren unübersehbar.

Die Arbeitslosenquote ist im Euro-Raum zwischen 2007 und 2013 von 7½% auf 12% gestiegen. Das hat nicht nur viel Leid und Armut gebracht, sondern auch den Ruf nach Arbeitsmarktreformen verstärkt: Der Kündigungsschutz soll abgebaut, und die Lohnnebenkosten sollen gesenkt werden.

Gleichzeitig stieg die Sozialausgabenquote im Euro-Raum in dieser Periode um 3 Prozentpunkte – aber nicht weil Sozialleistungen erhöht wurden, sondern weil mehr Geld für Arbeitslose und Kurzarbeiter benötigt wurde. Für die Gegner des Sozialstaats ist das ein willkommener Anlass, sogenannte „Strukturreformen“ zu fordern, d.h. im Klartext Kürzungen von Sozialleistungen.

Da die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter wird, steigen aber gleichzeitig die Ansprüche an das Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystem. Ohne Wirtschaftswachstum werden wir deshalb unser System der sozialen Sicherung nicht aufrecht erhalten können⁴.

⁴ Siehe dazu auch Markus Marterbauer, Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle, Deuticke-Verlag, 2011

Eine Verhinderung von Wachstum aus Umweltgründen müsste überdies auf Weltebene stattfinden. Wenn wir Ressourcen und Wachstumsmöglichkeiten für die unter Armut leidenden Entwicklungsländer reservieren wollen, dann würde das eine kontinuierliche Einschränkung der Produktion in Europa bedeuten.

Nullwachstum wirkt sich äußerst negativ auf die öffentlichen Finanzen aus. Nicht nur zusätzliche Arbeitslose, sondern auch notleidende Betriebe (z.B. Banken) brauchen staatliche Mittel. Die Staatsschuldenquote ist deshalb im Euro-Raum 2007-2013 von 66% auf 94% des BIP in die Höhe geschneit.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird deshalb auf absehbare Zeit unerlässlich bleiben, um den Sozialstaat zu finanzieren und die Staatsschuldenquote zu stabilisieren. Umweltprobleme sollten deshalb auf direktem Weg durch strikte Regulierungen, CO₂-Steuern und Steigerung der Energieeffizienz – nicht indirekt über Nullwachstum angegangen werden. Globalisierung, Neoliberalismus und Sparpolitik machen es schon schwer genug, den Sozialstaat aufrecht zu erhalten. Eine explizit wachstumsfeindliche Politik würde ihm endgültig den Garaus machen.

Wachstum wichtiger als Budget

Larry Summers⁵, der ökonomische Berater vieler US-Regierungen bringt das Problem auf den Punkt: Das Wirtschaftswachstum ist wichtiger als das Budget: Ein kleiner Anstieg des langfristigen Wachstumstrends würde schon genügen, um die gesamte langfristige Budgetlücke ausgleichen.

In der Europäischen Union ist ein ausgeglichenes Budget das weitaus wichtigste wirtschaftspolitische Ziel. Ein Budgetdefizit führt zu einem Strafverfahren („excessive deficit procedure“), während eine Arbeitslosenquote von 25% ohne Sanktionsdrohungen hingenommen wird.

⁵ Larry Summers, The Battle over the US Budget is the Wrong Fight. A small rise in economic growth would entirely eliminate the long-run budget gap. October 13, 2013

Der Grund für diesen Vorrang des Budgets liegt eindeutig auf der politischen Ebene: Deutschland, Österreich und die nordischen Länder wollen keinesfalls für die Budgetdefizite Südeuropas herhalten müssen. Die Europäische Union dürfe nur ja keine Transferunion werden.

Wenn Unternehmen investieren, nehmen sie dafür Kredite auf. Wenn junge Familien in eine neue Wohnung investieren, nehmen sie Darlehen auf. Warum soll eigentlich der Staat kein Defizit machen - d.h. keine Kredite aufnehmen - wenn er in die Infrastruktur und in die Zukunft investiert? Die Goldene Finanzierungsregel lautet bekanntlich: Was langfristig genutzt wird, soll langfristig finanziert werden. Budgetdefizite im Ausmaß der öffentlichen Investitionen sind sinnvoll.

Der Euro-Raum ist zum wirtschaftlichen Nachzügler geworden, es wird hier weniger investiert als vor der Finanzkrise. Das wichtigste Instrument zur Ankurbelung des Wachstums ist die Förderung der Investitionstätigkeit. Grüne und nachhaltige Technologien, direkte Förderung von Unternehmensinvestitionen (Prämien oder vorzeitige Abschreibungen) sowie Wohnbauinitiativen sind besonders erfolgversprechend. Die wiederholte Verringerung der Unternehmenssteuern hat die Investitionsschwäche im Euro-Raum nicht verhindern können.

Innerhalb des wirtschaftlich kränkelnden Euro-Raums hat sich Österreich seit der Finanzkrise fast so günstig entwickelt wie Deutschland. Die Industrieproduktion hat im gleichen Tempo wie in Deutschland zugelegt. Nur in den letzten zwei Jahren (vor der Steuerreform) ist die österreichische Wirtschaft hinter jener des Euro-Raums zurückgeblieben. Die Stimmung hat sich übermäßig verschlechtert, der Flüchtlingszustrom hat die Lage noch verschärft. Eine wachstumsorientierte Politik ist deshalb in Österreich mehr denn je gefragt.